



Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung über Kaspisches Öl

Schaffen Pipelines endlich Wohlstand oder lediglich neue Konflikte?

Von Ludwig Watzal

Wird die Region um das Kaspische Meer die „Golfregion des 21. Jahrhunderts“? Noch Ende der achtziger Anfang der neunziger Jahre waren die Länder des Kaukasus und Zentralasiens der Hinterhof der Sowjetunion. Nach deren Verschwinden entstanden zahlreiche selbständige Nationalstaaten. Heute bilden sie eine bedeutende geostrategische Region, an der auch die Europäer Geschmack und Interesse gefunden haben. Eine Interesenkollision hinsichtlich der Ausbeutung reichlich vorhandener Bodenschätze dürfte zu den schon bestehenden Konflikten zwischen den jungen Nationalstaaten beitragen. Die Anrainerstaaten jedenfalls erhoffen sich von dem zu erwartenden Ölreichtum ökonomische Wunder. Ob solche geschehen werden, bleibt abzuwarten.

Auf einer hochkarätig besetzten Konferenz über „Kaspisches Öl und Europäische Sicherheit“, die vom 3. bis 5. Juli in der ehemaligen kasachischen Hauptstadt Almaty stattfand, wurde diese Region aus unterschiedlichster Perspektive be-

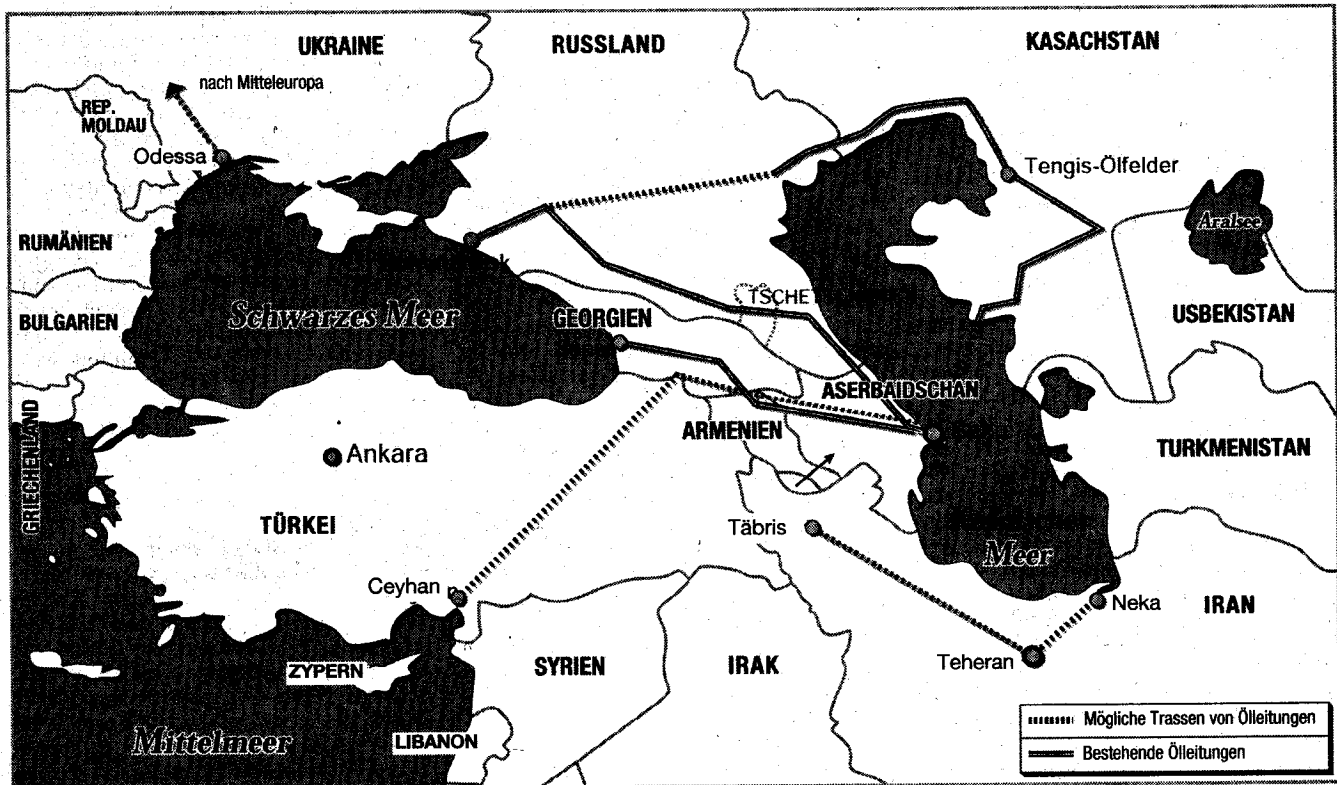
zierung des russischen Einflusses sowie die Verhinderung des iranischen Vordringens im kaspischen Raum – eine wichtige Rolle gespielt haben.

Rußland habe durch seine Monopolstellung beim Transport des kaspischen Öls und der Verhinderung alternativer Transportwege einen übermäßig großen Einfluß, der von seiten der USA nicht hingenommen werden könne. Die USA benutzen die Türkei, um den Einfluß Irans möglichst gering zu halten. Noch sehen die Amerikaner im Iran eine regionale Gefahr, wegen dessen Förderung von „Staatsterror“, seiner Ablehnung des nahöstlichen Friedensprozesses und des Ausbreitens des Fundamentalismus. „Die USA versuchen nicht, diese Region zu kontrollieren, aber sie verhindern auch, daß keine andere Macht diese dominieren wird“, so MacFarlane.

Im Gegensatz zur amerikanischen Haltung, daß keine Macht die alleinige Kontrolle über den kaspischen Raum ausüben soll, schilderte Professor Jurij Fedorov vom Institut MGIMO in Moskau zwei widerstreitende Tendenzen innerhalb der Elite seines Landes. Der eine

große Enttäuschung folge. So sehe man nicht, daß der große Reichtum Deutschlands größtenteils durch kleine und mittlere Unternehmen geschaffen worden sei. Deshalb seien, so eine These Nauks, die Westeuropäer am gegenseitigen Verständnis interessiert und allem, was dieses fördere. Ein solches Interesse ist ganz konkret an die Ökonomie gebunden. In der Schaffung von Vertrauen bestehe der wichtigste Unterschied zu den Zielen der USA und Rußlands.

Das europäische Konzept der Kooperation ist dem der Kontrolle diametral entgegengesetzt. Im Gegensatz zu den USA und Rußlands kann der „gütige Diktator“ kein Partner sein. Was passiert, wenn er eines Tages weniger „gütig“ wird, so die rhetorische Frage der Referentin. Widerspruch ertotete Frau Nauk mit ihren Thesen, Europa sei nicht an geopolitischen Überlegungen interessiert, lehne das auf Machtpolitik beruhende Gleichgewichtsdenken ab und sei am kaspischen Raum nur als Region und somit an regionaler Zusammenarbeit und regionaler Integration interessiert. Der Einwand, die europäische Integra-



leuchtet. Dem Referat für außenpolitische Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) war es in Kooperation mit deren Regionalbüro in Almaty gelungen, Experten aus den Ländern Rußland, Kasachstan, Ukraine, Georgien, Asabadschan, Türkei, Großbritannien und Deutschland zu diesem Themenkomplex zusammenzuführen.

Auf dieser glänzend vorbereiteten Tagung hob der deutsche Botschafter in Kasachstan, Henning von Wistinghausen, den europäischen Beitrag zu dieser interessanten Region hervor. Daß die deutsche Seite ihr Interesse dabei nicht unter den Scheffel stellte, zeigte die Tatsache, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler nicht nur an dieser Tagung teilnahm, sondern er stellte auch die zentralen Thesen des Positionspapiers der SPD-Bundestagsfraktion über die „Zukunftsregion Kaspisches Meer“ vor. Auch die kasachische Seite maß dieser Konferenz große Bedeutung bei. Sie war auf politischer Ebene mit dem stellvertretenden Außenminister Erlan Idrissov, den Parlamentsabgeordneten Kairolla Jereshepov und Viktor Jegorow sowie dem Direktor der Planungsabteilung von Kazaköl, Alexander Deniak, vertreten.

Nach Ansicht von Erler verfolgt Deutschland jedenfalls keine „geopolitischen Interessen“, obwohl es nach dem Ende des Kalten Krieges eine Renaissance dieses Denkens gibt. Deutschlands Interessen liegen im Ökonomischen. „Wir sind an einem fair play und fairer Teilhabe interessiert. Wir fördern eine am Konsens orientierte Politik.“ Deshalb stimmten die anderen EU-Partner einer Politik zu, die auf politische Stabilität, Fortschritte beim Transformationsprozeß von Staat und Gesellschaft, der Sicherung europäischer Energieversorgung, fairen Rahmenbedingungen für Investitionen und dem Ausbau der Handelsbeziehungen abziele. Deutschlands Anteil am Öl- und Gasgeschäft ist sehr bescheiden. Erst mit einiger Verzögerung habe Deutschland den zentralasiatischen Raum als Absatzmarkt entdeckt. Die zu erwartenden Konflikte in der Region können nach Erler nur auf der Grundlage von regionaler Zusammenarbeit und dem Völkerrecht gelöst werden. Nur dann können die Länder den größtmöglichen Nutzen aus dem Ölreichtum ziehen, so der SPD-Politiker. Sein Einsatz und sein Fachwissen machen ihn zu einer aussterbenden Spezies innerhalb der politischen Elite des Landes.

Für die USA haben die Staaten des Kaukasus und Zentralasiens eine wichtige strategische Bedeutung. Demzufolge sind die Amerikaner mit hohem finanziellen und personellen Einsatz vor Ort präsent. Sie waren es, die den amerikanischen Ölmultis den Weg in diese Region – und hier insbesondere Kasachstans – durch politischen Druck geöffnet haben. Neil MacFarlane, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Oxford, vertrat die These, daß beim amerikanischen Engagement in dieser Region sowohl innenpolitische Faktoren – wie die Förderung liberaler Werte oder die Rolle der armenischen Lobby in den USA sowie die Ölinteressen der multinationalen Konzerne – als auch außenpolitische Überlegungen – wie die Ausbalan-

Teil sieht die kaspische Region als Teil Rußlands, der wieder unter russischen Einfluß kommen müsse. Die USA und die Türkei werden als eine Bedrohung der eigenen Interessen und Sicherheit betrachtet. Das kaspische Öl stelle deshalb eine Gefahr dar, weil es die Unabhängigkeit der Staaten der Region fördere.

Der andere Teil der Führungsschicht Rußlands meint, das Imperium könne nicht wieder hergestellt werden. Die neuen Staaten sollten deshalb möglichst stabil, demokratisch und freundschaftlich gegenüber Rußland ausgerichtet sein. Die augenblickliche russische Haltung sei eine Kombination aus beiden Strategien. So müsse der legale Status des Kaspischen Meeres unter Berücksichtigung aller Anrainer festgelegt werden. Die biologischen Ressourcen sollten Gemeinschaftseigentum sein und das gesamte Öl und Gas über russisches Territorium geführt werden, so Fedorov. Dem widersprach heftig Volodimir Sidenko vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in Kiew. Die Ölpipeline müsse ebenso durch die Ukraine verlaufen. Das Projekt habe schon lange die ökonomische Dimension überschritten und sei zu einem Politikum geworden. Die nationale Wellen schlugen hoch, als man die verschiedenen Öltrasen diskutierte. Daß öfter angeführte ökologische Argumente beim Bau bestimmter Pipelines wurde von Sidenko zurückgewiesen, da dies für alle Trassen zuträfe.

Gisela Nauk vom SPD-Parteivorstand legte die sich zum Teil widerstreitenden Interessen der Europäer dar. Die wirtschaftliche Macht der Europäer werde nicht in politische Macht transformiert. Auch über die wirtschaftliche Macht Deutschland mache man sich in Zentralasien oft zu viele Illusionen, denen dann

tionspolitik könne nicht ohne weiteres auf Zentralasien übertragen werden, hat einige Plausibilität für sich.

Die strategischen Interessen Kasachstans legte Professor Oumirserik Kasenov vom Forschungszentrum der Kainar Universität in Almaty dar. So sei Kasachstan primär daran interessiert, den legalen Status des Kaspischen Meeres zu regeln, den Verlauf der Ölpipelines zu klären und die damit einhergehenden Sicherheitsfragen zu diskutieren. Aus Sicherheitserwägungen sprach sich Kasenov für den Bau einer Pipeline auch nach China aus, obwohl dorthin die größte Distanz überwunden werden müßte. Schließlich lasse in Zukunft die Wirtschaft Chinas einen großen Bedarf an Öl erwarten. Jermukhamet Jertysbayer, Direktor des Instituts für strategische Studien beim kasachischen Präsidenten, sprach sich für eine Diversifizierung der Ölpipelines aus, um nicht von einem Konsumenten abhängig zu sein. Einig war man sich, daß es aus ökologischen Gründen keine Pipeline durch das Kaspische Meer geben darf.

Den europäischen Sicherheitsaspekt erläuterten Hans-Georg Ehrhart vom Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg und Oliver Thränert von der FES. Beiden war es ein großes Anliegen, die Rolle und den sicherheitspolitischen Beitrag der NATO, der EU und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) für den kaspischen Raum dem eher skeptischen Publikum zu vermitteln, was aber schließlich gelang. Die Vielfalt der Instrumente, über die diese Organisationen verfügen, läßt für die Zukunft einiges an Sicherheit erwarten. Thränert hob insbesondere die Rolle des Hohen Kommissars für nationale Minoritäten hervor, dessen Präsenz und Tätigkeit vor Ort schon viele ethnische Konflikte entschärfen konnte, obwohl er ohne die Zustimmung des jeweiligen Landes nicht tätig werden kann.

Friedemann Müller von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen stellte die Dinge wieder unter einen ökonomischen Imperativ. Der Ölmarkt sei der erste globale Markt gewesen. Im Zeichen der Globalisierung werde ein auf militärischen Allianzen basierendes Nullsummenspiel immer unwirtschaftlicher. Dies mußten auch die USA in bezug auf ihre Iran-Politik feststellen. Sie konnte wegen der Globalisierung nicht funktionieren. Im Zeitalter der Globalisierung können nur Wettbewerbsstrukturen überleben, die sich aber dem Gesetz unterordnen müßten. Seine abschließende These, daß nur der Überlebende werde, der die Europäische Energiecharta von 1990 internalisiere, stieß auf viel Zustimmung.

Die enormen Investitionskosten bei der Erschließung der kaspischen Ölvorkommen und die Aufteilung der Macht in den Transformationsländern der ehemaligen Sowjetunion mahnen eher zur Skepsis als zum Optimismus, was die Entwicklung dieser Länder zum Nutzen ihrer Völker anbelangt. Hoffentlich werden am Ende nicht nur die multinationalen Konzerne und eine kleine Führungselite die Nutznießer sein, bevor der erste Tropfen Öl den Empfänger erreicht haben wird. Diese Befürchtungen konnte auch diese Konferenz nicht zerstreuen. ●

Kosovo-Konflikt

New York/Pristina - Die anhaltenden Kämpfe im Kosovo haben international die Sorge vor einem Übergreifen des Konflikts auf die Nachbarländer verstärkt. Der Welt Sicherheitsrat stockte am 21. Juli die UN-Truppen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien von derzeit 702 auf 1050 Mann auf. Zugleich verlängerte er deren Mandat um sechs Monate bis zum 28. Februar 1999. Hauptaufgabe der Truppe ist die Überwachung der Grenze zwischen Mazedonien und dem Kosovo. Die internationale Kosovo-Diplomatenmission veröffentlichte in Belgrad ihren ersten Beobachter-Bericht. Darin wird an erster Stelle auf den Zustrom bewaffneter Mitglieder der Kosovo-Untergrundarmee UCK über die Grenze von Albanien und auf die Kämpfe in und um Orahovac eingegangen. Nach Angaben des albanischen Kosovo-Informationszentrums in Pristina wurden bei den Gefechten in Orahovac in den vergangenen drei Tagen 36 Albaner getötet. Die serbischen Angriffe auf die umliegenden Dörfer dauerten weiter an, hieß es weiter. *dpa*